

Rudolf Seiters

Deutschlands Einheit, die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen und Europa. Erfahrungen eines Akteurs¹

Rudolf Seiters beginnt seinen Vortrag mit der Aufzählung, wann und wo sich Menschen im Kalten Krieg gegen den Kommunismus und Sozialismus auflehnten: am 17. Juni 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei und in den 1980er Jahre in Polen.

Der Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 bedeutete nicht nur die Trennung von Millionen Deutschen, sondern bildete eine scharfe Zäsur in der deutsch-deutschen Geschichte. Die Wiedervereinigung sollte deshalb nicht mehr in kurzer Zeit erreichbar sein, so der Konsens der großen Parteien. Es musste ein Modus vivendi - eine erträgliche Übereinkunft - gefunden werden, der eine spätere Lösung zur Wiedervereinigung nicht ausschloss, der die Folgen der Teilung für die Menschen erleichterte sowie zukünftige Kontakte und Begegnungen ermöglichte. Adenauer setzte mit seiner Politik des langen Atems auf Zeit. Die Westbindung und die Wiedervereinigung waren keine Widersprüche. Er war fest davon überzeugt, dass sich der Gedanke der Demokratie sowie die Soziale Marktwirtschaft am Ende durchsetzen würden. Im späten Verlauf des Jahres 1989 rückte der Gedanke der staatlichen Einheit Deutschlands näher und bestimmte somit die konsequente, operative Politik der Bundesregierung in eine Wiedervereinigung. Drei Ereignisse überzeugten die Bundesregierung, dass es zur Wiedervereinigung kommen könnte. Die Handlungsunfähigkeit sowie der rapide Autoritätsverlust der DDR Regierung manifestiert sich ebenso in diesen Daten:

1. An der Prager Botschaft am 30. September 1989

Zusammen mit Hans-Dietrich Genscher stand Seiters auf dem Balkon der Prager Botschaft. Nach wochenlangen Verhandlungen teilte am 30. September 1989 Botschafter Horst Neubauer, der Leiter der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn (1988-1990) in einem Gespräch mit Seiters und Genscher in Bonn mit, dass in einem einmaligen, humanitären Akt die Botschaftsflüchtlinge ausreisen dürften. Die DDR stimmte also zu. Bei der Einmaligkeit blieb es allerdings nicht. Der 30. September 1989 markierte den Beginn des Unterganges der DDR. Die Ausreise war die Vorstufe zum endgültigen Bruch aller Dämme, die die DDR jahrzehntelang für ihre Bürger und Bürgerinnen errichtet hatte.

2. Die Öffnung der Sektorengrenze in Berlin am 9. November 1989

Die Öffnung war kein Ergebnis einer überlegten Handlung, sondern die Folge von chaotischen Beratungen im Politbüro, als niemand mehr wusste, wer was tat und was konkret beschlossen

1 Den Vortrag mit anschließender Diskussion hielt Rudolf Seiters im Rahmen der Europagespräche des Instituts für Geschichte der Stiftung Universität Hildesheim, organisiert von Prof. Dr. Michael Gehler, am 30. 6. 2016.

wurde. Pressesprecher Günter Schabowski verkündete unkonkret mit - die Reiseregeln treten unverzüglich, sofort in Kraft - unbeabsichtigt die vorzeitige Öffnung der Grenzübergänge. Die Massen strömten zu den Grenzübergangsstellen. Die Grenzer öffneten, ohne Befehle von oben, die Schlagbäume eigenmächtig. Es war ein Segen, so Seiters: Wir waren so unvorbereitet wie überrascht an diesem Tag.

3. Die Reise des Bundeskanzlers Kohl nach Dresden am 19. Dezember 1989

Der Empfang in Dresden war unglaublich. Die Begeisterung unermesslich. Überall Deutschlandfahnen und Kohl-Rufe aus dem Publikum. Die DDR-Führung sah bei diesem Auftritt von Kohl mehr oder weniger schweigend zu. Nach dem 30. September 1989 und dem 9. November 1989 dachten die bundesdeutschen Politiker noch nicht an die Wiedervereinigung. Aber alle waren sich einig, dass keine bzw. irgendwelche Vereinbarungen mit der Regierung Modrow mehr abzuschließen sind. Die Konzentration richtete sich ausschließlich auf die freien Wahlen am 18. März 1990. Es gab keine "Schubladen-Pläne" für den Fall der Grenzöffnung bzw. Wiedervereinigung. Diese wären auch nicht geheim geblieben. Richard Schröder, ehemaliger SPD Abgeordneter der Volkskammer, sagte - so zitiert Günther Krause - in Bezug auf die mangelnde Vorbereitung der deutschen Einheit: Die Planung einer Wiedervereinigung hätte die Entspannungspolitik verhindert bzw. sogar ruiniert. Reaktionen aus Europa hätten dies ausgelöst. Der italienische Politiker Giulio Andreotti meinte: Wir lieben Deutschland so sehr, dass wir am liebsten zwei davon hätten. Das war eine weit verbreitete Stimmung zu dieser Zeit. Kohl sagte einmal in späteren Jahren zu Seiters: Margaret Thatcher war die bitterste und härteste Gegnerin der deutschen Vereinigung aber auch die ehrlichste Persönlichkeit.

Was hat zur deutschen Vereinigung geführt? Ohne die Solidarnosc Bewegung in Polen hätte es keine Wiedervereinigung gegeben, aber sicherlich auch nicht ohne den polnischen Papst, ohne die Liberalisierung Ungarns, ohne Gorbatschows Politik von Perestroika und Glasnost sowie ohne die Massenflucht und Massendemonstrationen in der DDR. Das waren die entscheidenden Ereignisse. Die Bundesregierung erkannte aber auch die historische Chance und nutzte diese.

Andere Stimmungen gab es auch: Egon Bahr hatte eine andere, langfristige Konzeption zur deutschen Einheit entwickelt. Seine Botschaft war in dem Plan "Wandel durch Annäherung" abgefasst. Die DDR sollte reformiert, transformiert und demokratisiert werden. NATO und deutsche Teilung seien Zwillingsgeschwister, sagte Bahr noch kurz vor der Wiedervereinigung. Dies verdeutlichte sehr gut, wie sich die Unterschiede zwischen Regierung und Opposition im Bundestag - kurz vor den Ereignissen - darstellten. Die DDR-Regierung gelangte in den Zangenriff der Forderungen der ostdeutschen Demonstranten und den gleichlautenden Forderungen der Bundesregierung.

Die wichtigste Voraussetzung für die deutsche Einheit war der wirtschaftliche und politische Zusammenbruch des real existierenden sozialistischen Systems in den Ostblock-Staaten sowie der Sowjetunion selbst. Krenz und Modrow baten beide Gorbatschow in Moskau vergeblich um wirtschaftliche Hilfen.

4. Keine bessere und vernünftige Alternative zur deutschen Wiedervereinigung

Ist alles viel zu schnell abgelaufen? Hätte man anstatt auf Artikel 23 Grundgesetz - den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes - lieber auf Artikel 146 Grundgesetz setzen, also die Ausarbeitung einer neuen Verfassung anstreben sollen? Oder noch länger warten können? fragt Rudolf Seiters. Die Menschen der DDR wollten jedoch so schnell wie möglich die politischen Veränderungen. Die Übersiedlerströme wollten nicht aufhören, so dass auch die Bundesregierung zu reagieren gezwungen war. Diese Abwanderung drohte die DDR auszubluten. Erst das Angebot der D-Mark-Einführung sowie die Aussicht auf eine Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion Anfang Februar 1990 führte zu einer Stopp der Fluchtbewegung. Ein Resonanzboden wäre bereits - aufgrund internationaler und globaler Krisen - ein Jahr später nicht mehr vorhanden gewesen. Ein Wunder für Seiters war der friedliche Verlauf der Entwicklungen, da ein blutiger militärischer Ausgang nicht ausgeschlossen war.

Nicht nur die Geschehnisse sind zu bewerten, sondern auch die Vermeidung von Fehlern. Es war eine bundesdeutsche Politik der maßvollen Steuerung. Es sollten weder Provokation erfolgen noch missverständliche Äußerungen getätigt werden. Es sollte alles geschehen, was immer der Entwicklung dienlich und förderlich war, beobachtend und helfend. Entgegen den vielen journalistischen Ratschlägen galt es nicht immer zu folgen und einzuknicken, zumal es viele Fehleinschätzungen und Besserwisser gab.

Für Lösungen und dem Verlauf nach gab es in der modernen deutschen Geschichte kein Vorbild und keine Erfahrungen. Es mussten pragmatische schrittweise Lösungen auf die Fragen zum Staatsvertrag, zum Einigungsvertrag und zum Vertrag der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen gefunden werden. Beispielsweise: Die Festlegung des Umtauschkurs, die Überprüfung der Forderungen der DDR, enteignete Immobilien zurückgeben oder zu entschädigen, die Auslotung der Handlungsspielräume der DDR, die Einrichtung eines Fonds zur deutschen Einheit, der Kostenersatz für Stationierungskosten und Transportkosten für Rückführung der sowjetischen bzw. russischen Soldaten oder die Ermittlung und Zahlung eines Preises für sowjetische Liegenschaften in der DDR. Von heute auf morgen gab es 1989/90 keinen Auftrag mehr für Werften und die Industrie in der DDR. Das alles war vor dem Hintergrund zu sehen, dass das ökonomische und ökologische Erbe als Hinterlassenschaft der SED tatsächlich viel schlimmer war als es zunächst angenommen wurde.

5. Drei Lehren aus dem Prozess der deutschen Einheit

1. Das Richtige zu erkennen und das Richtige durchzusetzen unterscheidet eine von Werten bestimmte Politik von einer demoskopisch bestimmten Politik.
2. Fachliche und richtige Entscheidungen waren wichtig, aber auch das persönliche Miteinander der handelnden, politischen Akteure war bedeutsam und stärkte das Vertrauensverhältnis untereinander.
3. Es darf nie vergessen werden, was Europa für Deutschland und den Menschen bedeutet. Die europäische Öffnung für den Osten war richtig, ein Akt der Gerechtigkeit und eine Politik des Friedens.

Auch ohne Gottes Hilfe hätten wir vieles nicht geschafft.

Diskussion

Diskussionsbeitrag: Was wusste man vom ökonomischen Zustand der DDR vor den Ereignissen? Welche Rolle spielte das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, das für die inneren Beziehungen zuständig war? Was über die ständige Vertretung in Berlin Ost?

Antwort: Zu wenig. Die OECD stufte die DDR im Sommer 1990 noch zu den zehn stärksten Wirtschaftsnationen der Welt ein. Die DDR konnte und wusste ihre Lage zu verschleiern. Das Ausmaß war uns nicht bekannt. Kein Geheimdienst wusste davon.

Diskussionsbeitrag: Wem konnten Sie in der DDR am meisten Vertrauen gegenüber bringen? Sie erlebten Honecker, Krenz, Modrow und de Maizière? Wer waren die wichtigsten Akteure?

Antwort: Ich war in einem dreistündigen Gespräch am 4. Juli 1989 bei Erich Honecker und vorher bei Außenminister Oskar Fischer. Dabei räumte Honecker erstmals ein, dass es den Schießbefehl nicht mehr geben würde. Er erschien wie ein Mann jenseits der politischen Realitäten. Er dachte, er konnte die Menschen noch weiter einsperren und das Land von den Umbrüchen in Europa abschotten. Er distanzierte sich von Gorbatschows Politik. Am 20. November 1989 traf ich mit Krenz und Modrow zusammen. Krenz war ein typischer Apparatschik. Er war unglaublich und redete von Reformen. Das Volk glaubte ihm überhaupt nicht. Die Proteste häuften sich. Er blieb nicht lange im Amt. Modrow dagegen war anders. Er war verbindlicher. Auf getroffene Vereinbarungen konnte man sich bei ihm verlassen. Sicherlich war Modrow aber auch enttäuscht, aufgrund der Gespräche in Bonn im Februar 1990, als die Bundesregierung mitteilte: Wir müssen die Wahlen der Volkskammer abwarten und werden dann mit einer demokratisch gewählten Regierung Verhandlungen führen. Ansonsten waren die Gespräche angenehm. Lothar de Maizière lernte ich beim Zusammenschluss der Allianz für

Deutschland erstmals kennen. Wichtige Pressekonferenzen hielten wir beide gemeinsam ab. Es war eine gute Zusammenarbeit und de Maizère war ein ganz anderer Typ als Kohl, nämlich ein nicht in das Amt des Ministerpräsidenten drängender Mann, sondern sehr feinfühlig und sensibel.